

**Die Linke Nordrhein-Westfalen**  
Alt-Pempelfort 15, 40211 Düsseldorf

Mona Neubaur  
Ministerin für Wirtschaft, Industrie,  
Klimaschutz und Energie des Landes NRW  
via E-Mail

**Kathrin Vogler**  
Landessprecherin

**Sascha H. Wagner**  
Landessprecher

**Hubertus Zdebel**  
Sprecher für Energiepolitik

**Landesgeschäftsstelle**  
Alt-Pempelfort 15  
40211 Düsseldorf

Telefon: 0211 / 700 600 0  
Telefax: 0211 / 700 600 19

Kathrin.Vogler@dielinke-nrw.de  
www.dielinke-nrw.de

Düsseldorf, den 17. Februar 2025

## **Verhindern Sie die drohenden Atomtransporte von Jülich nach Ahaus!**

Sehr geehrte Frau Ministerin,

in der Koalitionsvereinbarung von CDU und GRÜNEN in NRW für die Jahre 2022 bis 2027 heißt es wörtlich: „Wir setzen uns für eine Minimierung von Atomtransporten ein. Das gilt auch für Transporte aus anderen Bundesländern. Im Fall der in Jülich lagernden Brennelemente bedeutet dies, dass wir die Option eines Neubaus eines Zwischenlagers in Jülich vorantreiben.“

Wie Sie wissen, hat das Oberverwaltungsgericht in Münster im Dezember 2024 entschieden, dass die 152 Castorbehälter mit 300 000 hochradioaktiven Brennelementen aus dem ehemaligen Versuchsreaktor in Jülich im Zwischenlager in Ahaus eingelagert werden dürfen, und damit eine Klage der Stadt Ahaus und eines Anwohners abgewiesen.

Am vergangenen Mittwoch, 12. Februar 2025 haben Sie im Wirtschaftsausschuss des NRW-Landtags in Düsseldorf zudem berichtet, dass Ihnen seit Januar der vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) erstellte Entwurf der Transportgenehmigung der Jülicher Brennelemente nach Ahaus vorliegt.

Insofern wird es höchste Zeit, dass Sie den NRW-Koalitionsvertrag bezüglich des Atommülls in Jülich endlich umsetzen und den Plan einer Verbringung der Brennelemente nach Ahaus verhindern. Wir Linken fordern wie viele Menschen, Initiativen und Verbände in NRW auch, auf die gefährlichen und unnötigen Transporte von Jülich nach Ahaus zu verzichten.

Da die Atomaufsicht in NRW dem Wirtschaftsministerium unterliegt, fordern wir Sie als zuständige Ministerin auf, dass Sie die unverzügliche Räumungsanordnung für das Jülicher Zwischenlager umgehend aufheben.

Wie Sie wissen, ist schon seit 2022 klar, dass die Erdbebensicherheit im Jülicher Zwischenlager entgegen früherer Annahmen doch gegeben ist. Das bestätigt auch das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). Damit ist der Hauptgrund entfallen, warum 2014 die unverzügliche Räumung des Jülicher Zwischenlagers angeordnet worden war. Diese Anordnung durch die NRW-Atomaufsicht diente vor allem als vorrangiges Argument für den Abtransport der 152 Castoren nach Ahaus. Die gefährlichen Castor-Transporte quer durch NRW haben also nun noch weniger als bisher eine Berechtigung.

Vorliegende Gutachten zeigen ferner, dass eine kurzfristige Ertüchtigung des bestehenden Jülicher Castor-Lagers und eine langfristige Lagerung in einem möglichst sicheren Zwischenlager-Neubau möglich sind. Wir Linken fordern, dass die Verantwortung für die langfristige Lagerung und Vorbereitung des Atommülls für die Endlagerung bei den Verursachern in Jülich verbleiben muss.

Hinzu kommt, dass das Ahauser Zwischenlager nur eine Genehmigung bis 2036 hat und keine langfristige, maximale Sicherheit für den hochbrisanten Atommüll bietet. So kommt eine von der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt jüngst in Auftrag gegebene Studie der renommierten Sicherheitsexpertin für Atomanlagen, Dipl.-Phys. Oda Becker, zu dem Ergebnis, dass das Zwischenlager für hochradioaktiven Atommüll in Ahaus nicht ausreichend gegen gezielte Angriffe geschützt ist.

Aus unserer Sicht gibt es keine Sicherheitsgründe für die Anordnung eines Sofortvollzugs zur Durchsetzung derart gefährlicher Atomtransporte nach Ahaus mit der Transportgenehmigung. Das wäre absurd, nachdem der Atommüll nun seit Jahren in Jülich lagert.

Die Räumungsverfügung für das Zwischenlager Jülich muss daher endlich aufgehoben werden. Dafür ist die Atomaufsicht in NRW zuständig. Sie haben es jetzt in der Hand, sich an die Buchstaben des NRW-Koalitionsvertrages zu halten und die unnötigen und gefährlichen hochradioaktiven Transporte von Jülich nach Ahaus zu stoppen!

Wir meinen, dass die Menschen in unserem Bundesland von Ihnen eine klare Antwort vor den Bundestagswahlen erwarten dürfen.

Mit freundlichen Grüßen



**Kathrin Vogler**



**Sascha H. Wagner**



**Hubertus Zdebel**

für den Landesvorstand der Linken NRW